

sich ohne Schwierigkeiten über einen ausländischen Küstenplatz nach Hamburg verschiffen und von dort in kleineren Mengen über die Zollgrenze nach Otten- sen schaffen.

1885 gelang es der Polizei, die bis nach Mecklenburg (vermutlich über den aus- gewanderten Auer) reichende Verteilerorganisation aufzurollen. Im Sommer 1886 wurden wiederum acht Hamburger Sozialdemokraten verhaftet und ver- urteilt. Seit dem März 1887 konnte die Polizei in kurzer Zeit weitere dreizehn Sozialdemokraten festnehmen und schwerwiegendes Belastungsmaterial sicher- stellen. Diese Vorgänge bildeten die Grundlage des Geheimbundprozesses, der von Heinrich Laufenberg bereits 1931 dargestellt worden ist. Aber auch diese Verfolgungen konnten die Verbreitung des »Sozialdemokrat« in Hamburg nicht behindern. In der Vierstädtestadt saßen die meisten Abonnenten nach Berlin. 1888 erreichten sie mit 860 Exemplaren den höchsten Stand, der fast ununter- brochen bis 1890 gehalten werden konnte.

Wie die Themenstellung schon erkennen läßt, hat Jensen das Schwergewicht auf die staatspolizeilichen Maßnahmen gelegt. Bisweilen gerät der Verfasser da- durch in Gefahr, sich die Urteile der Behörden unkritisch zu eigen zu machen. Jensen ist wohl auch mit der gesamten Parteigeschichte zu wenig vertraut, als daß er sein Thema in den größeren zeitgeschichtlichen Zusammenhang stellen könnte. Vom publizistikwissenschaftlichen Standpunkt lassen sich gegen ihn einige Einwände erheben. Das gilt etwa für seine inhaltsanalytischen Bemühun- gen (vgl. S. 51). Die statistische Aufzählung von Spartenanteilen ist auf der verwendeten uneinheitlichen Basis unergiebig, besonders wenn der Inhalt nicht näher qualifiziert wird. Man hätte auch gern mehr über den Inhalt der zahl- reichen Organe gehört, um die es in den von Jensen vorgeführten Akten geht. Trotz dieser kritischen Einschränkungen ist die Dissertation von Jensen eine wertvolle Erweiterung unserer Kenntnisse über die Vorgänge unter dem Sozia- listengesetz.

Kurt Koszyk

*Hermann Clausen: Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig nach zwei Weltkriegen. Erinnerungen. Hrsg. v. Lorenz Rerup. Skandia Verlag, Flensburg, 1966, 303 S., 18,- DM.*

Hermann Clausen (1885–1962), Müllergeselle aus dem Landkreis Flensburg, ab 1912 Eisenbahnbeamter, hat früher anderenorts (in G. K. Brøndsted [Hrsg.]: *Sydslesvig i Dag IV*) über seine Arbeit als Vorsitzender der politischen Organi- sation der dänischen Minderheit im Landesteil (Süd-)Schleswig, dem SSW, und als Bundestagsabgeordneter (1949–1953) eben dieser Partei geschrieben. So stehen in diesem Buch zwei Dinge im Vordergrund, die für die SPD-Partei-

geschichte von Relevanz sind: Die Erinnerungen eines SPD-Funktionärs eines kleinen Lokalvereins an die Arbeit in Partei und Gemeindevertretung und die Spaltung der SPD in Südschleswig 1946.

Hermann Clausen, der 1920 nach dem Kapp-Putsch der SPD beigetreten war, war einer der vielen Tausende fähiger Kommunalpolitiker, die die SPD hatte; einer der vielen kleinen Funktionäre, die eine so ungeheuer große Rolle in der SPD gespielt haben, einer von denen, die ungeachtet dessen, was in der großen Welt geschah, zur Partei hielten. Der Wert der »Erinnerungen« liegt darin, daß es eben einer dieser Männer ist, der seine Erfahrungen schildert; dadurch werden sie zu einer hervorragenden Quelle zum Verständnis der SPD.

Er beschreibt die Arbeit eines Stadtparlaments, so wie diese wohl von der Mehrheit sozialdemokratischer Gemeindevertreter verstanden worden ist, nämlich als »Aufbau der Demokratie«. »Die Grundlage einer Demokratie überhaupt« war für ihn ein »vernünftiges, verständiges Zusammenleben« (S. 117). Nach diesem Grundsatz arbeitete er in der Gemeinde. Diese Arbeit interessierte ihn, hier konnte er sich einsetzen, genauso wie es seiner Meinung nach die Partei auf Reichsebene tat. Mit dieser Verteilung der Aufgaben war er einverstanden, er mischte sich nicht in die größeren politischen Zusammenhänge, die ihn nicht sonderlich interessierten und die er auch nicht verstand. Solange die SPD die Garantie für die demokratischen Formen übernommen hatte, war alles gut. Voraussetzung dafür war dann allerdings, daß man ihm auf lokaler Ebene freie Hand ließ. Hier hatte er seine Stärke, zeigte sich als lokalpatriotischer Kommunalpolitiker, der sich ruhig dazu »abkommandieren« ließ, Beifall zu klat-schen. Als Beispiel dafür dient insbesondere sein geringes Interesse an dem sozialdemokratischen Grenzübereinkommen von 1923, in dem die beiden Parteien gegenüber der nationalchauvinistischen Propaganda in Deutschland und Dänemark dafür eintraten, daß die Grenze durch die Volksabstimmungen von 1920 festgelegt sei (S. 47 ff.). Die spätere Rückprojizierung seines Umschwunges zum Dänentum wird auf diesem Hintergrund recht unglaubwürdig.

Den größten Teil des Buches nimmt die lebendige Schilderung der kommunalen Arbeit ein. Der erste Abschnitt dauerte von 1920 bis zum 29. März 1933, an welchem Tag er sich aus dem Stadtrat zurückzog, denn »Braun und Severing und viele andere waren schon gegangen, und von Schleswig aus konnten wir Demokratie und Republik nicht mehr retten.« (S. 130, 126).

Die Nazizeit hat er gut überstanden, abgesehen von einer kürzeren Haft im KZ Neuengamme nach dem 20. Juli 1944. Aber auch das hat ihn anscheinend nicht tiefer berührt. Es bleibt merkwürdig abstrakt, wie beispielsweise auch sein Antifaschismus insgesamt abstrakt ist. Er störte ihn nach 1945 überhaupt nicht, massenweise »Persilscheine« auszustellen, alte PGs zu »entnazifizieren« etc. Beispielsweise sollte er »den früheren Ortsgruppenleiter der Partei und den Vorsitzenden« entlasten. »Ich konnte das . . ., denn den langjährigen Ortsgruppenleiter kannte ich nicht, und der Vorsitzende hatte mir nichts getan« (S. 266).

Er war sicher ein »herzensguter Mensch«, der keinem anderen etwas Böses antun konnte und wollte und der gern mit jedem zusammenarbeitete, solange es um den Vorteil der Stadt Schleswig und der »Demokratie« ging.

Was Hermann Clausen über seinen Umschwung zum Dänentum berichtet, ist verwirrend. Er bastelt über viele Seiten des Buches hinweg an einer Erklärung, am Ende hat man aber doch nur eine handfeste Ideologie, die zwar sehr häufig gebraucht wird (und mit sehr vielen und schönen Geschichtsklitterungen garniert ist) aber eben doch nur Ideologie bleibt. Sicherlich ist manches richtig, z. B. folgender Gedankengang: »Dann aber kommen die politischen Wirren, politischer Haß, Kampf und Gewalttätigkeiten. Es endet mit der Hitler-Diktatur, mit Zwang und Unterdrückung politisch Andersdenkender, mit Zwang in das Familienleben hinein. Spitzel, Krieg, Denunziationen, KZ's, Tod und Zertrümmerung Deutschlands, Elend und Hunger, und das Ende ist die militärische Besetzung . . . Wir haben es satt« (S. 177 ff.). Das wird für die meisten der Grund gewesen sein (vgl. auch S. 281), zumal man im Grenzland in der Frage der nationalen Entscheidung »nur seinem eigenen Gewissen« verantwortlich ist. »Kein Außenstehender hat ein Recht, ein Urteil zu fällen« (S. 179).

Wirklich verständlich wird diese Entscheidung Hermann Clausens aber eben nur, wenn man beachtet, daß er sich auf seinem Gebiet (= der Stadt Schleswig) nicht von außen das Handwerk verderben lassen wollte. Und als nun der Bezirksverband der SPD und Kurt Schumacher in einer falschen Entscheidung gerade das taten – nämlich die dänischgesinnten Sozialdemokraten, die in Flensburg, Husum und Schleswig, wo Clausen 1945–1948 Bürgermeister war, starke Positionen, z. T. sogar die Mehrheit hatten, 1946 aus der Partei ausschließen – brach er (und viele andere) mit der Partei. Der Ausschluß wird aber verständlicher auf dem Hintergrund der starken »Heim ins Reich«-Propaganda der dänischen Minderheit, etwas was Clausen gern »vergißt«, ebenso wie er (u. a. S. 226, 275) nicht den Grund nennt, warum die sozialdemokratische Landesregierung in Kiel die dänischen Kommunalschulen 1948 schloß bzw. in Privatschulen umwandeln ließ. Das wurde damals ganz klar mit dem Verbot deutschsprachiger Kommunalschulen in Nordschleswig (Dänemark) begründet.

Es war die Absicht der Ausgeschlossenen, eine »Südschleswigsche Sozialdemokratische Partei« zu gründen, was aber von den Engländern verboten wurde – nur in Flensburg bestand bis 1954 die »Sozialdemokratische Partei Flensburg« –; daher wechselten diese Sozialdemokraten eben zur dänischen Minderheit. Anscheinend war dabei die nationale Frage wirklich nur eine sekundäre Angelegenheit; Dänemark war eben ein »demokratisches Musterländchen«, eine Art Vorbild, und so ging man halt dorthin. (Vgl. dazu auch Henri Prien: *Arbejderbevægelsen i Sydslesvig, Aabenraa, 1948*). Das werden für Hermann Clausen nur die Hauptgründe gewesen sein, dieses oder jenes ist sicherlich noch hinzugekommen. Er war eben hauptsächlich ein Lokalpolitiker und hat sich als solcher entschieden.

Gerd Callesen